

Ercheint täglich
früh 6¹/₂ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Berechnung der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Die für die nächste Sitzung der Redaction
bestimmte Nummer der Redaction wird
besonders angezeigt.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis ⁹/₁₀ Uhr.
In den Fällen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Köhler, Rothemannstr. 18, u.
nur bis ¹/₂ Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 328.

Freitag den 29. October 1880.

74. Jahrgang.

Auflage 16,200.

Abonnementpreis viertelj. 4¹/₂ Mk.,
incl. Frachtpost 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.,
mit Postbeförderung 40 Pf.

Inserate 5csp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionskopf
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Adressen sind nicht
geben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachschuß.

Bekanntmachung.

Die wegen Reparatur des Kirchweihes und der Kirchweihbrücke angeordnete Sperrung des
Eckzügliger Weges auf der Strecke zwischen der Brandbrücke und dem Vintenwege wird von
Freitag, den 29. October d. J.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erndlin. Darwitz.

Bekanntmachung.

Hierdurch verfügen wir, daß über die Vorstehensbrücke mit Fuhrwerk aller Art nicht schneller als im
Schritt gefahren werden darf.
Zwischenbrückungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
Leipzig, am 27. October 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Darwitz.

Bekanntmachung.

Die Beitragspflichtigen unserer Gemeinde, welche mit ihrer diesjährigen Steuer noch im Rückstande
sind, werden hierdurch an Entrichtung derselben erinnert.
Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Steuerverreform in Preußen.

Die grellen Widersprüche, welche noch bis heute,
an welchem Tage die Einführung des preussischen
Landtages erfolgen wird, über die Gehalt, in welcher
die Steuerreform auf der Tagesordnung kommen
soll, hervortreten, spiegeln offenbar eine Differenz
wider, welche im Schooße des Staatsministeriums
selbst erst in letzter Stunde und zwar vermuthlich
in Folge der bekannten Reise des Finanzministers nach
Borjuz zum Austrag gebracht worden ist.

In der That scheint sich die Schale dahin geneigt
zu haben, daß durch eine Verringerung des erst
in der letzten Nachsitzung zum Abschluß gekommenen
Verwendungsgefetzes die mögliche Ueberweisung einer
Quote der Grund- und Gebäudesteuer an die Commu-
nen für den Fall des Zusuffes größerer Reichsüber-
schüsse in den preussischen Staatshaushalt ausge-
sprochen werden soll, was schon vor mehreren Wochen
aus der Umgebung des Reichstages mit hinreichender
Deutlichkeit als unerlässliche Vorbedingung einer
Erhöhung der Grundsteuer bezeichnet wurde.
Nun hatte aber bereits eine Vereinigung von con-
servativer und ultramontanen Abgeordneten zu
der zweiten Beratung des Verwendungsgefetzes
(in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom
17. Februar d. Jts.) einen Abänderungsantrag
dahin eingebracht, daß die zum Steuernachschuß ver-
wendbaren Reichsüberschüsse zur Hälfte den Kreis-
communalverbänden nach Maßgabe der von ihnen
aufgebrachten Grund- und Gebäudesteuer zu über-
weisen seien. Gegen diesen Antrag bemerkte
damals der Finanzminister Bitter: „Die Staats-
regierung hat es nicht für erwünscht gehalten
können, gewisse Procenttheile von Steuern an
die Commune zu überweisen, ohne daß eine
regelmäßige sichere Wiederholung dieser Ueberwei-
sung mit Bestimmtheit in Aussicht zu stellen ist.“

Nun hat sich in Bezug auf diese Sicherheit der
Wiederholung seit dem Februar d. J. nicht das
Mindeste geändert; der Reichstag hat vielmehr die
Steuerprojecte, die allein in absehbarer Zeit erst
einen Erlaß indirecter Steuern in Preußen ermög-
lichen würden, abgelehnt, und was gegenwärtig zu
Gunsten der Commune bestimmt werden soll,
hängt in seiner Ausführung noch ebenso wie im
Februar davon ab, daß es über eine weitere Er-
höhung indirecter Steuern in der neuen Reichs-
tagssession doch noch zu einer Verständigung kom-
men sollte. Wenn also die Staatsregierung jetzt
selbst eine Abänderung des Verwendungsgefetzes
vorschlagen will, welche sie im Februar d. J. für
nicht erwünscht hielt, so ist das nur ein neuer Be-
weis, wie die Projecte an jener Stelle wecheln.

Die preussische Regierung kann unmöglich über-
sehen, daß die Reichstagswahlen nahe bevorstehen,
und daß unter allen Agitationsmitteln die Steuer-
frage eines der wirksamsten und aufregendsten ist.
Die Parteien der principellen Opposition bedienen
sich derselben mit stets wachsendem Erfolge. Soll
der nächste Reichstag nun wieder angegangen wer-
den, neue Steuern zu bewilligen, ohne daß zur
Rechtfertigung auf irgend eine Frucht seiner Steuer-
vermehrung die Thätigkeit hingewiesen werden kann,
so dürfte sich die Wirkung in der Wahlbewegung
gegen die Regierung und die conservativen Par-
teien, die Träger der Steuererhöhungspolitik,
sehr empfindlich fühlbar machen. Es müßte also
in deren eigenen Interesse liegen, durch Thatsachen
den Vorwurf zu entkräften, daß der ganze Steuer-
reformplan auf Nichts als eine Steuervermehrung
hinankäme. Man wird abwarten müssen, ob die
heute beginnende Landtagssession diese Voraus-
setzung rechtfertigen wird.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 28. October.

Die Präsidentenwahl im preussischen
Abgeordnetenhause beantragt ein ganz besonderes
Interesse. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt bis
jetzt wirklich von derselben, was sie natürlich
schmeicheln würde, wenn es sich darum han-

delt, etwa einen fortschrittlichen Vicepräsidenten
zu verdrängen. Die „Post“ will sich an das Aus-
kunftsmittel der Wiederwahl des ganzen Präsi-
diums halten, welche man auch von ultramon-
taner Seite als eine selbstverständliche Praxis
darzustellen sucht. In der That aber ist bis
jetzt zu Anfang der Session von der Wiederwahl
durch Acclamation im Reichstage nur einmal die
Rede gewesen. Jedenfalls ist es sehr lehrreich, sich
bei dieser Gelegenheit die Vorgänge bei der vor-
jährigen Präsidentenwahl im preussischen Abgeor-
detenhaus zurüch zu rufen. Bekanntlich wurde im
Namen des Fürsten Bismark in Herrn v. Benni-
gigen, welcher im Voraus eine Wiederwahl
zum Abgeordnetenhause abgelehnt hatte, gedrun-
gen, das dennoch auf ihn gefallene Mandat anzu-
nehmen eigens zu dem Zwecke, damit man für
einen nach dem Gesichtspunkte der Befähigung
alle anderen aus dem Feilde schlagenden Präsi-
dentialkandidaten die liberalen und conservati-
ven Stimmen wieder vereinigen könne.
Erst nachdem Herr von Bennigien sich zum
Eintritt ins Abgeordnetenhause hatte bestimmen
lassen, rückte man denn von conservativer Seite
mit dem Ansuchen heraus, dem Centrum eine
Vicepräsidentenstelle nach dem Gesichtspunkte der
Fraktionsstärke einzuräumen, nach welchem dann
hinterher die wieder vereinigte conservativ
Fraktion die erste Präsidentenstelle für sich in An-
spruch nahm. Von liberaler Seite wurde daraus
mit Grund erwidert, daß zwar bei der Vertheilung
der Schriftführerstellen, niemals aber bei der Be-
setzung des Präsidiums die Fraktionsstärke allein
als maßgebend anerkannt worden sei, sonst hätte
ja das Centrum im Abgeordnetenhause bereits seit
1873, im Reichstage seit 1874 vor der Fort-
schritt- resp. freiconservativen Partei eine Vice-
präsidentenstelle mit Recht beanspruchen können.
Diese wiederholt erhobenen Ansprüche sind aber
jedesmal ausdrücklich mit Bezug darauf zurück-
gewiesen worden, daß eine Partei, welche die Ge-
leitung von Staatssachen in Frage stelle, nicht
zur officiellen Repräsentation der gesetzgebenden
Versammlungen geeignet sei.

Seiten wird das preussische Abgeordnetenhause
in seine Arbeiten unter so reger Frequenz
eingetreten sein, wie sie diesmal gleich beim Be-
ginn der Session zu erwarten steht. Zahlreiche
Abgeordnete aus den Provinzen sind schon in
Berlin eingetroffen, und man nimmt bereits für
die erste Sitzung ein nicht bloß beschlußfähiges,
sondern sehr stark besetztes Haus in Aussicht. Bei
der überraschenden Wendung, welche die Frage
der Präsidentenwahl in den letzten Tagen
erfahren, hat Dies allerdings einen sehr triftigen
äußeren Anlaß, es beweist aber auch zugleich Evidenz,
was bei der Vergleichung von Landtag und Reichstag
so wohlheißig für den ersteren spricht, nämlich
daß eine Volksvertretung, welche Dilettanten bezieht,
ungleich pflichteifer, reger und arbeitsföhiger
ist als eine solche, für welche die active Theil-
nahme an der Politik zu einem recht lothspieligen,
in die Privatverhältnisse unlieblich eingreifenden
Ehrenamt gemacht wird.

Ueber die Ziele und Hoffnungen der Se-
cession äußert sich eines der Hauptorgane der
Bewegung, die „Dresdener Zeitung“, in folgender
Weise: In den nächsten Tagen wird es sich nun
beraustellen, ob im preussischen Abgeordnetenhause
die 14 Secessionisten zunächst allein bleiben
oder ob sich ihnen noch einige andere National-
liberale anschließen werden, von denen man es ur-
sprünglich erwartete. Im Abgeordnetenhause ist
die Zahl der Schwankenden weit geringer als im
Reichstage, doch dürften Einzelne, wie der Abg.
von Zellendorf-Beitz, der liberale Bruder der beiden
conservativen Reichstags- Abgeordneten gleichen
Namens, kaum in der Fraktion der Rechten noch
Platz finden. Die Aufforderung der Abgeordneten
Belsert, Kiehschke, Meyer-Grothaus und Ricker zu
einer Besprechung an alle diejenigen, die mit
ihnen „zu einer liberalen Vereinigung“ zu-
ammentreten wollen, beweist einmal, daß die

Secessionisten noch auf Zuwachs rechnen, und so-
dann, daß sie einen Parteinamen zur Zeit nicht
annehmen wollen, sich vielmehr mit dem Gruppen-
namen einer liberalen Vereinigung zu begnügen
beabsichtigen.

Bei Beginn der Session des preussischen
Abgeordnetenhauses stellt sich die Mit-
gliederzahl der einzelnen Fraktionen wie
folgt: Conservative 107, Centrum 97, Ratio-
nalliberale 87, Freiconservative 52, Fortschritt-
partei 37, Polen 19, bei keiner Fraktion 30.
„Bild“ sind die aus der nationalliberalen Fraktion
ausgetretenen 14 Secessionisten Belsert, Ber-
ling, Drame, v. Hönke, Kiehschke, Dr. Meyer-
Dreslau, Platen, Ricker, Sachse, Seyffarth,
Struwe, Dr. Thilenius, Kollertun und Wei-
ermel. Ferner die vier Minister Bitter, Graf
Vautsburg, v. Ramele und v. Buttkamer, die
Abgg. Berger, v. Bodum-Dolffs, Dr. Fall,
v. Köller, Krüger, Lassen, Dr. Löwe (Bodum),
v. Lubow, v. d. Marwitz-Rügenow, Dr. Petri,
Sattig, Schmidt-Stettin. Erledigt sind zur Zeit
drei Mandate.

Herr v. Buttkamer hat den Ultramon-
tanen eine neue Begünstigung gewährt, indem
er den bisherigen außerordentlichen Professor der
Theologie Einar in Bonn zum ordentlichen, den
Privatdozenten Rauken zum außerordentlichen Pro-
fessor ernannte. Bisher sagten die Ultramon-
tanen bei jeder Staatsberatung, daß die katholische theo-
logische Facultät an der rheinischen Hochschule mit
drei altkatholischen und einem römisch-katholischen
Ordinarius besetzt war.

Unter dem Eindruck der kirchlichen Wirren
in Preußen ist seit mehreren Monaten im
Berliner protestantischen Reformverein die Frage
in ernste Erwägung gezogen worden, ob nicht in
Anbetracht des gegenwärtigen Zustandes die Bildung
einer entschiedenen kirchlichen Reform-
Partei in der evangelischen Landeskirche geboten
sei. Wie es heißt, sind in der Sitzung des ge-
nannten Vereins vom 25. d. M. die Verhand-
lungen hierüber so weit zum Abschluß gebracht
worden, daß in kürzester Zeit die Parteibildung
zugleich mit der Veröffentlichung eines kirchlichen
Reform-Programms in Angriff genommen werden
wird. — Der vielgenannte Oberpfarrer Werner
(Guben) wird, wie es heißt, dem Reichstagsrathe
erklären, daß er die Citation zum Colloquium ab-
lehne und daß er berechtigt sei, seine Einführung
in das ihm übertragene Pfarramt an St. Jacobi
in Berlin zu verlangen. Die Zurückweisung des
Colloquium wird damit begründet, daß Werner
durch seine Wahl in Berlin innerhalb des märki-
schen Consistorialbezirks verbleibe und daß nach
der Consistorialordnung überhaupt nur auslän-
dischen Geistlichen ein Colloquium auferzulegen sei.

Von allen Seiten wird jetzt bezeugt, daß dem
Bundesrathe in seiner letzten Sitzung ein von
Preußen und Hamburg gemeinschaftlich gestellter
Antrag, betreffend die Verhängung des kleinen
Belagerungsstandes über Hamburg und
die umliegenden Orte, zugegangen ist. Der Bun-
desrath wird, wie es heißt, den Antrag gleich im
Plenium erwidern und die Maßregeln werden un-
verzüglich zur Ausführung gebracht werden.

Es kann jetzt mit Bestimmtheit angenommen
werden, daß die Ausarbeitung einer Militär-
Strafproceß-Ordnung für die nächste Zeit
und jedenfalls für die nächste Reichstagsession
nicht zu erwarten ist. Thatsächlich war eine
Förderung dieser nun schon so oft vertagten An-
gelegenheit jetzt in Aussicht genommen. Inzwischen
scheint die Reise des General-Auditeurs nach Süd-
deutschland einen vollkommenen Umsturz der
Sache zur Folge gehabt zu haben. Es sind neue
Erwägungen und Verhandlungen notwendig
geworden, deren Abschluß allem Anschein nach die
Vorbedingung für jede weitere Förderung der An-
gelegenheit bildet.

Aus dem Reichslande war in letzter Zeit
nur Genua ides zu berichten. Der erste elsa-
sische Lehrertag, welcher in der
letzten Woche zu Straßburg tagte, war außer-
ordentlich zahlreich besucht, indem nahezu 900
Lehrer und Lehrerinnen aus allen Theilen des
Reichslandes sich eingefunden hatten. Wenngleich
auch sachmännische Fragen zur Erörterung kamen,
so bestand doch der Hauptzweck des Lehrertages
darin, die zum Theil recht verschiedenen Elemente
des reichsländischen Lehrerstandes einander näher
zu bringen. Dieser Zweck ist denn auch, so weit
die kurze Zeit des Zusammenseins es ermöglichte,
erreicht worden. Die sämmtlichen Teilnehmer
des Lehrertages haben die besten Eindrücke von
Straßburg mit hinweg genommen und das Selbst-
bewußtsein der reichsländischen Lehrerschaft ist er-
heblich gefördert worden.

Herr v. Bindihsors ist im Vatican persona
gratissima. Die päpstliche Zeitung „Kurora“
bringt einen ausführlichen Bericht über die
katholische Katholikerversammlung. „Diese Tau-

sende von Versammelten.“ heißt es in dem Bericht,
welche aus allen Theilen Ober-, Mittel- und
Niederdeutschlands herbeigeleitet waren, machten den
Eindruck eines wohlgeordneten „Schlachtfel-
des“ (acies bene ordinata). Dabei wird Herr Bindihsors
Weibrauch gestreut, dessen Rede als frönen-
erregend (stupendo) bezeichnet wird. Die „Kurora“
erklärt gleichzeitig die gegenwärtigen kirchlichen
Zustände in Belgien und hält dem dortigen
Minister des Innern eine lange Strafpredigt,
weil er sich unterfangen habe, in der liberalen
Vereinigung von Gent zu erklären, daß die belgi-
sche Regierung nicht nach Canossa gehen würde.

Die Reise des großbritannischen Botschafters
am Berliner Hofe, Lord Otto Russell, nach
London ist nicht nur zum Besuche seiner seit
Wochen dort weilenden Familie erfolgt, sondern,
wie die „Post“ J. erzählt, im Zusammenhange
mit der orientalischen Frage direct durch den
Fürsten Bismark veranlaßt worden, nachdem der
englische Botschafter zuvor am 23. d. mit dem
Fürsten verhandelt hatte.

Der Budget-Ausschuß der Reichstags-Dele-
gation zu Pest genehmigte das Ordinarium des
Budgets des Kriegsministeriums. Eine bemerkens-
werthe Debatte fand nur bei der Beratung des
Pensionsstatets statt. Der Referent Strom sprach
den Wunsch aus, bei den Pensionirungen mit
größter Strenge vorzugehen. Der Abgeordnete
Sturm beantragte eine hierauf bezügliche Reso-
lution, zog aber seinen Antrag zurück, nachdem
der Kriegsminister erklärt hatte, daß er bei den
Pensionirungen mit aller Rigorosität vorgehe.
Ein Telegramm des russischen Bureau meldete,
daß Baron Haymerle in der Delegation in den
wärmsten Worten des Freundschaftsverhältnisses
zu Deutschland gedachte und so zur Zustimmung
der Mitglieder des Budget-Ausschusses jene Zweifel
verschante, die in den letzten Tagen in Wien
aufgestiegen waren. „Von Allem, was Baron
Haymerle sagte — bemerkt die „Neue Freie Presse“ —
war diese Stelle das Bedeutendste und das Beste,
und gerade sie fehlt in dem Berichte des Wiener
officiösen Correspondenz-Bureau. Das kann
sein Zufall sein, sondern man hat die Berichts-
erstattungen des Ministers, daß die deutsch-öster-
reichische Freundschaft so herzlich und ungetrübt
wie bisher sei, abfichtlich weggelassen. Das
ist ein so merkwürdiges Vorgehen, daß es nicht
unermüht bleiben darf, um so mehr, als die
Gründe, die es verurteilt haben, mit Händen zu
greifen sind.“

Ueber den Gesundheitszustand und die Vermählung
des Baron herrscht noch immer Ungewiß-
heit. Sicherlich werden wenig Personen in Europa
sein, welche um das Geheimniß der augenblicklichen
Vorgänge in Livadia wissen. Wie bekannt, han-
delt es sich um die Ermöglichung einer morgan-
atischen Ehe, eine Einrichtung, welche bis jetzt im
russischen Staatsrecht noch keinen Platz gefunden
hat, aber den am russischen Hofe geltenden An-
schauungen durchaus entspricht. Ist doch auch
der Schwager und Freund des Barons, Prinz
Alexander von Hessen, Vater des dänis-
garischen Fürsten, mit einer russischen Wittve
morganatisch vermählt. Das „Wiener Vater-
land“ drückt sich in dieser Richtung sogar sehr
bestimmt aus. Es schreibt: „Man ist endlich auf
das Auskunftsmittel verfallen, den Kaiser
Wilhelm zu ersuchen, der Prinzessin Dolgoruki
einen deutschen Fürstentitel zu verleihen, und in
dieser oder einer ähnlichen Form wird zwei-
höchstens früher oder später eine morganatische Ehe einge-
müht und damit der Angelegenheit die einzige
Lösung gegeben werden, welche alle gleichmäßig
befriedigen kann.“ Das Kaiser Wilhelm bei der
Ordnung dieser Angelegenheit nicht umgangen
wird, erscheint sehr glaublich, daß die Gemahlin
des russischen Kaisers einen deutschen Fürstentitel
tragen soll, ist es schon weniger.

Wie aus Athen verlautet, wird Komman-
dant eine Note an die Pforte richten und bei
ihr anfragen, wann und wie sie die Beschlässe der
Berliner Conferenz zur Ausführung zu bringen
gedenke. — Ein Regierungserlaß beauftragt sämmt-
liche Recrutirungs-Aemter, die Einberufungs-
Ordres für die Mannschaften der außerordentlichen
Reserve bereitzustellen, um sie bei Eintreffen des
zu erwartenden Decrets sogleich abzufenden. Die
außerordentliche Reserve der hellenischen Armee be-
steht aus jenen gegenwärtig noch heurlaubten Sol-
daten, die bereits eine achtmonatliche Dienstzeit
zurückgelegt haben, und zählt über 10,000 Mann.
— Ein königlicher Erlaß ordnet die Bildung von
50 Bataillonen Infanterie, zu 960 Mann, an.

Die Ministerkrise in Belgrad war heute noch
nicht beendet. Ristic ist seit 1868 der leitende
Staatsmann Serbiens, wenn er zeitweise auch
von dem Posten eines Ministerpräsidenten zurück-
getreten ist. Er ist ein Mann von großer Ber-